

Atomkraftgegner im Gespräch mit Jens Koeppen (CDU)

Die bevorstehende Entscheidung der Bundesregierung zur Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken war Anlass zu einem persönlichen Gespräch zwischen dem Bundestagsabgeordneten für die Uckermark Jens Koeppen und drei Vertretern der Bürgerbewegung gegen Atomkraft am 18. August in Schwedt. Dr. Anita Schwaier (Angermünde) trug vor, dass drei von der Bundesregierung in Auftrag gegebene, aktuelle Studien von renommierten Institutionen: dem Sachverständigenrat für Umweltfragen, dem Forschungsverbund Erneuerbare Energien und dem Umweltbundesamt zum gleichen Ergebnis kommen: Eine Laufzeitverlängerung ist überflüssig und behindert die Umstellung auf die Stromversorgung mit Erneuerbaren Energien. Herr Koeppen ist, wie er sagte, selbst großer Befürworter Erneuerbarer Energien, hält diese Studien jedoch für befangen und will sich auf die jetzt erst erschienene Studie des Schweizer Prognos- Instituts (zusammen mit dem EWI der Uni Köln und dem Wirtschaftsforschungsunternehmen GWS, finanziert von RWE und EON) verlassen. Das Ziel, bis 2020 einen Anteil von 30% Erneuerbare Energien zu erreichen, sei nicht zu erreichen, schon wegen der Widerstände gegen den Netzausbau und weitere Windkraftanlagen. Eine Laufzeit von weiteren 32 Jahren sei notwendig, bevor man an einen Ausstieg aus der Atomenergie denken könne. Jens Behrmann (Schwedt) trug vor, dass die Kosten für die weltweit ungelöste Entsorgung des Atommülls, für den Rückbau der Kraftwerke und für die Forschung aus Steuermitteln bezahlt werden, und dass die Rücklagen für Versicherungen nicht geregelt sind. Dies waren für Koeppen keine Argumente gegen eine Laufzeitverlängerung.

Koeppen zeigte sich vollkommen standfest in seiner Meinung, wiederholte längst widerlegte Behauptungen vom billigen Atomstrom und der angeblichen Versorgungslücke. Karsten Kleinschmidt (Angermünde) verwies auf die Verantwortung gegenüber unseren Kindern und Enkeln. Koeppen schien jedoch die Tragweite der Fortsetzung einer fossilen Energieversorgung - auch in Hinblick auf die mit erneuerbaren Energien verbundenen zusätzlichen Arbeitsplätze - nicht anzuerkennen. Eine moderne, zukunftsfähige Entwicklung für Deutschland sieht anders aus, waren sich die drei Atomkraftgegner einig.